



## Das deutsche Wirtschaftsmodell: eine Strategie für Europa?



Autor : Alain Fabre

Die Robert Schuman Stiftung veröffentlicht in ihrer Reihe "Question d'Europe" eine Analyse des deutschen Wirtschaftsmodells von Alain Fabre. Er stellt die Besonderheiten der deutschen Wirtschaftsordnung heraus und erläutert ihre ideologischen Grundlagen. Hierzu zählen einerseits das Ziel einer neutralen Wirtschaftspolitik und die Rolle von Verhandlungen innerhalb der jeweiligen Unternehmen. Andererseits befasst er sich mit den Theorien des Ordoliberalismus. Abschließend analysiert Fabre die in den letzten Jahrzehnten erzielten Ergebnisse und untersucht, inwieweit das deutsche Modell auf andere Länder innerhalb der Europäischen Union übertragbar ist.

[Fortsetzung](#)

### Übersicht

**Neuigkeiten** : Wahlen/Europa - Rapport 2012 - Gastbeitrag - Fernsehen  
**Wahlen** : Frankreich **Finanzkrise** : IWF - Spanien - Italien - Slowenien - Rückgang - G20  
**Kommission** : Arbeitsmarkt - Gleichstellung - Öffentliche Aufträge  
**Parlament** : Datenschutz - Steuersystem - Kroatien - Kohäsion **Rat der Europäischen Union** : Diplomatie **Europäische Agenturen** : Verteidigungspolitik  
**Deutschland** : Zukunft/EU - Wirtschaft **Spanien** : Gesundheitspolitik  
**Frankreich** : Schengen **Ungarn** : Präsident - Bank **Irland** : Vertrag  
**Italien** : Schuldenbremse **Niederlande** : Rücktritt **Polen** : Renten  
**Slowenien** : Kroatien **Schweden** : Verteidigungspolitik **Schweiz** : Einwanderung  
**Europarat** : EGMR - Frankreich **UNO** : Frauen - Syrien **OSZE** : Moldawien  
**NATO** : Strategie **Eurostat** : Inflation - Handel  
**Berichte/Studien** : Verteidigungspolitik - Militärausgaben - Ratingagenturen  
**Veröffentlichungen** : Zukunft/EU - Föderalismus **Kultur** : Ausstellung/Paris - Ausstellung/Perugia - Film - Ausstellung/Stockholm

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

### Neuigkeiten :

#### 2002-2012: Politische Entwicklungen in Europa - 10 Jahre Wahlchroniken



Während 45 Millionen Franzosen am 22. April für den ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl an die Urnen gebeten wurden, veröffentlicht die Robert Schuman Stiftung eine Studie von Corinne Deloy. Die Autorin zieht Bilanz und blickt auf ein politisches Jahrzehnt in Europa zurück, das von den konservativen Parteien dominiert wurde. Diese Studie, in der Reihe "Notes" der Stiftung veröffentlicht, ist unverzichtbar um das politische Leben der Staaten Europas zu kennen und zu

verstehen. Die Analyse ist auf Französisch erhältlich. Sie können sie ab sofort über die Internetseite der Stiftung bestellen... [Fortsetzung](#)

#### Bestellen Sie den Schuman-Bericht zur Europäischen Union



Soeben wurde der jährlich erscheinende "Rapport Schuman sur l'Europe, l'état de l'Union" (Schuman-Bericht zur Europäischen Union) der Robert Schuman Stiftung veröffentlicht. Diese 6. Ausgabe (auf Französisch / die 3. Ausgabe auf Englisch) ist der Frage gewidmet, wie die aktuelle Krise überwunden werden kann. Sie enthält ein Exklusivinterview mit Jean-Claude Trichet, ehemaliger Präsident der EZB. Sämtlichen 26 Beiträgen liegt die Annahme zugrunde, dass "es niemals zuvor so viele Gründe für die Europäer gab, sich zu vereinen". Der Bericht enthält 67 Tabellen und Graphiken, wie auch 34 farbige Karten, überwiegend erstmals veröffentlicht. Die Autoren des Berichts laden Sie ein, sich einen umfassenden Überblick über die aktuellen Herausforderungen der Europäischen Union zu verschaffen. Der Bericht ist auf Englisch und auf Französisch erhältlich... [Fortsetzung](#)

#### Diese "freundlichen" amerikanischen Banker und Leitartikelverfasser, die Europa nur Gutes wollen



Jean-Paul Betbèze, Chef-Ökonom, Leiter der Wirtschaftsanalysen bei Crédit Agricole SA und Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der Robert Schuman Stiftung hat am 18. April einen Gastbeitrag auf "Atlantico" veröffentlicht. In diesem erklärt er, dass die Krise Europas Ausdruck seiner Unzulänglichkeiten ist, seine Konstruktion aber nicht grundsätzlich infrage stellt. Betbèze zufolge, braucht Europa mehr Integration und höhere Ziele. Es sollte sich mehr Zeit für die Sanierung seiner Haushalte und seiner Währungspolitik nehmen... [Fortsetzung](#)

#### Jean-Luc Dehaene bei "Talking Europe"



Im Rahmen der Zusammenarbeit der Robert Schuman Stiftung mit der Gesellschaft Audiovisuel extérieur de la France (AEF), veröffentlicht die Stiftung auf ihrer homepage die letzte Ausgabe von "Talking Europe". Gast ist der Europaabgeordnete und ehemalige belgische Premierminister Jean Luc Dehaene, der auf einige Fragen von Pascale Joannin, Generaldirektorin der Stiftung, Rede und Antwort steht. Gemeinsam mit den Journalisten des AEF unterhält die Robert Schuman Stiftung darüber hinaus den Blog "Ils sont fous, ces Européens!" (Die spinnen, die Europäer!). Lesen Sie selbst... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

#### Wahlen :

##### Erster Wahlgang in Frankreich



François Hollande (PS) hat den ersten Wahlgang der französischen Präsidentschaftswahlen am 22. April für sich entschieden. Er konnte 28,63% der Stimmen auf sich vereinigen. 27,18% stimmten für den aktuellen Präsidenten Nicolas Sarkozy (UMP). Marine Le Pen (FN) erhielt 17,9%, gefolgt von Jean-Luc Melenchon (FG) mit 11,1% und François Bayrou (MoDem) mit 9,13%. Die anderen Kandidaten erreichten weniger als 5% der Stimmen: Eva Joly 2,31%, Nicolas Dupont-Aignan 1,79%, Philippe Poutou 1,15%, Nathalie Arthaud 0,56% und Jacques Cheminade 0,25%. Die Wahlbeteiligung belief sich auf 79,47%. Im zweiten Wahlgang am 6. Mai stehen sich François Hollande und Nicolas Sarkozy gegenüber... [Fortsetzung](#)

#### Finanzkrise :

##### Wirtschaftsprognosen des IWF für 2012



Der Internationale Währungsfond (IWF) hat seine Wachstumsprognosen für 2012 leicht nach oben korrigiert. Für den Euroraum erwarten die Experten des IWF statt einer Rezession von 0,5% nun einen Rückgang des BIP von 0,3%. Sie gehen davon aus, dass die Rezession in einigen Euro-Länder nur von kurzer Dauer und lediglich oberflächlich sein wird, da die Märkte erneut Vertrauen fassen und die Nachfrage aus anderen Ländern bereits wieder ansteige. Der IWF erwartet in

der ersten Jahreshälfte 2012 einen Rückgang der Wirtschaftsaktivität um 0,5%. Anschließend kehre das Wachstum zurück. Für 2013 verbessern sich die Prognosen um 0,1%. Anstelle eines Wachstums von 0,8% rechnet der IWF mit 0,9%...  
[Fortsetzung](#)

#### Spanien weiterhin in der Rezession



Der Präsident der spanischen Zentralbank Miguel Fernandez Ordonez hat am 17. April mitgeteilt, dass Spanien sich in einer Rezession befindet. Er erklärte, dass der Rückgang im letzten Quartal 2011 0,7% betrug und voraussichtlich ähnlich in der ersten Jahreshälfte 2012 ausfallen werde. Die offiziellen, provisorischen Wirtschaftszahlen für Spanien für das erste Quartal 2012 werden am 30. April 2012 bekannt gegeben, präzisierte er... [Fortsetzung](#)

#### Italien verschiebt den Haushaltsausgleich



Die italienische Regierung hat am 18. April im Rahmen des Ministerrats seine Dokumente zur wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Landes verabschiedet. Diese werden im Rahmen des Europäischen Semesters von der Kommission untersucht. Die italienische Regierung erwartet ein Haushaltsdefizit von 0,5% des BIP für 2013. Ein ausgeglichener Haushalt wird für 2014 erwartet. Der Gesamtschuldenstand sollte sich von 120,35% des BIP in 2012 auf 110,8% des BIP in 2015 verringern. Das Wirtschaftswachstum wird 2012 auf -1,2%, 2013 auf +0,5% , 2014 auf +1% und 2015 auf +1,2% geschätzt... [Fortsetzung](#)

#### Slowenien ratifiziert den europäischen Fiskalpakt



Die slowenischen Abgeordneten haben am 19. April den Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (VSKS), besser bekannt als Fiskalpakt, ratifiziert. 2 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. 74 der 76 anwesenden Parlamentarier haben für die Annahme des Vertrags gestimmt, der am 2. März in Brüssel unterzeichnet wurde. Damit ist Slowenien nach Griechenland und Portugal das dritte Land, das den Fiskalpakt ratifiziert hat. Dieser tritt inkraft sobald ihn 12 der unterzeichnenden Staaten ratifiziert haben, jedoch nicht vor dem 1. Januar 2013... [Fortsetzung](#)

#### Starker Rückgang der privatwirtschaftlichen Aktivität im April im Euroraum



Im April mussten weitere Wachstumseinbußen der Privatwirtschaft hingenommen werden. Der stärkste Rückgang seit 5 Monaten wird von einigen Analysten als Hinweis gewertet, dass den Ländern der Eurozone eine stärkere und längere Rezession bevorsteht als bisher vermutet. Den Schätzungen des Markit Instituts zufolge erreichte der Composite Index Produktion im April 47,4 Punkte im Vergleich zu 49,1 Punkten im Vormonat. Ein Wert über 50 Punkten entspricht einer Zunahme der Wirtschaftsaktivität, unterhalb dieser Marke handelt es sich um einen Rückgang der Aktivität. Das Ergebnis des Monats April überraschte die Analysten, die mit einem leichten Anstieg auf 49,3 Punkte gerechnet hatten... [Fortsetzung](#)

#### Treffen der G20-Finanzminister und Zentralbankpräsidenten



Die Finanzminister und Zentralbankpräsidenten der G20-Staaten haben sich am 19. und 20. April getroffen. Sie erklärten, dass sich die Wirtschaft erhole und trotzdem weiterhin Risiken bestünden. Diese entstehen aus der Instabilität der Finanzmärkte, der hohen öffentlichen und privaten Verschuldung, der Notwendigkeit struktureller Reformen und der hohen Arbeitslosigkeit. Sie haben die Verstärkung der europäischen Stabilitätsvorkehrungen begrüßt und zu weiteren Maßnahmen zur Steigerung des Wachstums und zur Konsolidierung der Haushalte sowie zur Beseitigung globaler Ungleichgewicht aufgerufen. Schließlich werden die Ressourcen des IWF um mehr als 430 Millionen Dollar erhöht... [Fortsetzung](#)

## Kommission :

### Beschäftigungswachstum: konkrete Maßnahmen von der Kommission vorgeschlagen



Am 18. April hat die Kommission konkrete Maßnahmen unterbreitet, die zum Ausbau der Beschäftigung dienen sollen. Sie fordert die Staaten auf, die nationalen Politiken zu konsolidieren. Um Einstellungen zu fördern, sollten Betriebsgründungen unterstützt und die Lohnnebenkosten verringert werden. Die Kommission hebt die Bereiche "Grüne Wirtschaft", Gesundheits- und Sozialwesen sowie Informations- und Kommunikationstechnologie als besondere Wachstumsmotoren hervor. Sie unterstreicht die Notwendigkeit, europäische Politiken stärker auf soziale Fragen und Beschäftigungspolitik auszurichten. Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter sollten dementsprechend besser in die Prioritätensetzung der Europäischen Union eingebunden werden... [Fortsetzung](#)

### Frauen: Antwort auf die Wirtschaftskrise



Am 16. April hat die Kommission einen Bericht veröffentlicht, dem zufolge eine verbesserte Gleichstellung der Geschlechter eine mögliche Antwort auf die aktuelle Krise darstellt. Die Verringerung der Gehaltsunterschiede und die Steigerung der Anzahl von Frauen in Führungsposition fördern, unter anderem, das Wirtschaftswachstum. Trotz der in diesem Bericht aufgeführten Fortschritte, müssen sich die Mitgliedsstaaten zahlreichen Herausforderungen stellen. Zum Beispiel beträgt die Erwerbsquote von Frauen immer noch nicht die in der Europa 2020 für alle Erwachsenen vorgesehenen 75%. Viviane Reding, Vize-Präsidentin der Kommission, hat erläutert, dass Europa seine Ziele nur erreichen könnte, wenn alle Personalressourcen genutzt werden... [Fortsetzung](#)

### Europäische Strategie für elektronisches Vergabeverfahren



Michel Barnier, EU-Binnenmarktkommissar, hat am 20. April die Strategie der Europäischen Union für ein elektronisches Vergabeverfahren öffentlicher Aufträge vorgestellt. Bis 2016 sollen sämtliche öffentliche Aufträge elektronisch vergeben werden, so dass ca. 100 Milliarden Euro pro Jahr eingespart und die Beteiligung von kleinen und mittleren Unternehmen verbessert werden kann. Je eher der Übergang beginne, desto besser, präzisierte Barnier. Die Strategie gibt 4 zentrale Reformfelder vor: Herausbildung einer geeigneten Infrastruktur und guter Praktiken, sowie die Kontrolle des Übergangs und die Einbeziehung der Unternehmen... [Fortsetzung](#)

## Parlament :

### Europäische Union billigt Passagierdatentransfer an die USA



Am 19. April haben die Europaabgeordneten einer zwischen den USA und der Europäischen Union verhandelten Vereinbarung zugestimmt. Diese sieht vor, dass die Daten sämtlicher Flugpassiere, die von einem zum anderen Kontinent reisen, weitergegeben werden. Cecilia Malström, verantwortliche europäische Kommissarin, hat erklärt, dass der Text notwendig sei, damit die Europäische Union die korrekte Verwendung der Daten in einem klaren juristischen Umfeld sicherstellen kann. Außerdem handele es sich um eine Vereinbarung zum Schutz der Passagiere und zur Bekämpfung des Terrorismus. Jüngste Änderungen garantieren außerdem die Anonymisierung der Daten nach 6 Monaten... [Fortsetzung](#)

### Europaabgeordnete setzen sich mit europäischem Steuerwesen auseinander



Am 19. April haben die Europaabgeordneten zwei Texte verabschiedet, mit deren Hilfe das europäische Steuersystem reformiert werden soll. Zum einen fordern sie eine gemeinsame konsolidierte Körperschafts-Bemessungsgrundlage. Diese sollte nach einer Übergangsphase verpflichtend sein und dazu beitragen, Standortverlagerungen aus steuerlichen Gründen zu verhindern. In einer Resolution rufen die Abgeordneten darüber hinaus die Mitgliedsstaaten auf, ihre Steuersysteme zu reformieren, ungerechtfertigte Steuererleichterungen abzuschaffen und besser gegen Steuerbetrug zu kämpfen. In diesem Kontext erscheine ein Abkommen mit der Schweiz notwendig und dringend... [Fortsetzung](#)

### Kroatische Beobachterdelegation im europäischen Parlament



In Vorbereitung des kroatischen EU-Beitritts, der für den 1. Juli 2013 vorgesehen ist, hat der Präsident des Europaparlaments Martin Schulz zu Beginn der Sitzungswoche 12 kroatische Beobachter empfangen. Der Beitritt werde "ein historischer Tag für Kroatien, für die EU und für den westlichen Balkan insgesamt", erklärte Schulz am 17. April. Die Beobachter hatten die Gelegenheit an Gruppensitzungen und Kommissionstagen teilzunehmen und sich an die Praktiken im Europaparlament zu gewöhnen...  
[Fortsetzung](#)

### Kohäsionsprojekte mithilfe der Privatwirtschaft stärken



Die Abgeordneten des Europaparlaments haben mit 504 Ja-Stimmen, 79 Enthaltungen und 78 Nein-Stimmen Regeln für neue Kohäsionsprojekte beschlossen. Hierbei soll die Privatwirtschaft im Rahmen einer Risikobeteiligung verstärkt eingebunden werden. Ziel ist es, dass Länder, die von einer Unterstützung der Europäischen Union profitieren, zunehmend auch private Investoren anziehen. Da das Parlament und der Rat der Europäischen Union sich im Vorfeld über einen derartigen Gesetzesentschluss verständigt hatten, wird mit der notwendigen, definitiven Zustimmung des Rates im Mai gerechnet... [Fortsetzung](#)

### Rat der Europäischen Union :

#### Sanktionen gegen Birma ausgesetzt, Sanktionen gegen Syrien verschärft



Die 27 Außenminister der Europäischen Union haben am 23. April entschieden, die Sanktionen gegen Birma in Reaktion auf die "historischen Veränderungen" im Land für ein Jahr auszusetzen. Hiervon profitieren unter anderem 800 Unternehmen des Landes. Ausgenommen seien lediglich das Waffenembargo, das bestehen bleibt. Außerdem haben die Minister zusätzliche Sanktionen gegen die syrische Regierung beschlossen. Die Ausfuhr nach Syrien europäischer Luxusartikel sowie sämtlicher Materialien, die zur Unterdrückung der Opposition dienen könnten, werde beschränkt... [Fortsetzung](#)

### Europäische Agenturen :

#### Zusammenlegung und gemeinsame Nutzung militärischer Fähigkeiten



Die 27 Verteidigungsminister der Europäischen Union haben sich am 18. April über die Zusammenlegung und gemeinsame Nutzung ihrer militärischen Fähigkeiten verständigt. Die Generaldirektorin der Europäischen Verteidigungsagentur, Claude-France Arnould, hat unterstrichen, dass bereits einige Fortschritte in diesem Bereich erzielt wurden. Sie hob ebenfalls hervor, dass es weitere Projekte geben werde, vor allem im Bezug auf Feldlazarette und die Seestreitkräfte. Sie hat erneut daran erinnert, wie wichtig es ist Synergien zu schaffen und Europa mit adequate Mitteln auszustatten... [Fortsetzung](#)

### Deutschland :

#### Gastbeitrag von G. Westerwelle und G. Oettinger zur Zukunft der EU



In einem gemeinsamen Gastbeitrag für die Stuttgarter Zeitung befassen sich der deutsche Außenminister Guido Westerwelle und der europäische Energiekommissar Günther Oettinger mit den drei zentralen Herausforderungen für die Zukunft Europas. Erstens gelte es, eine klare und ambitionierte Vision Europas als ein globaler Kreativmotor zu entwickeln. Zweitens müsse die Europäische Union eine globale Wohlstandsregion bleiben. Und drittens solle die Europäische Union konkrete Projekte entwickeln, mit denen sich die Bürger identifizieren können und für die sie sich einsetzen wollen...  
[Fortsetzung](#)

### Optimistisches Frühjahrsgutachten

In ihrem Frühjahrsgutachten haben acht deutsche



Wirtschaftsforschungsinstitute die Wachstumsprognosen für Deutschland leicht nach oben korrigiert. Sie rechnen mit einem Wachstum von 0,9% für 2012, im Gegensatz zu 0,8% in vorherigen Prognosen. Eine Beschleunigung des Wachstums auf 2% wird darüber hinaus für 2013 erwartet. Entsprechend des Gutachtens werden die Exporte 2012 um 3,1% steigen und 2013 um 5,1%... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

## Spanien :

### Sparmaßnahmen im Bereich Gesundheit und Bildung



Die spanische Regierung, die sich um die Reduzierung des Haushaltsdefizits bemüht, hat am 20. April weitere Sparmaßnahmen beschlossen. Betroffen sind die sensiblen Bereiche Gesundheit und Bildung. Es wird mit Einsparungen in Höhe von 10 Milliarden Euro gerechnet. Traditionell ist die medizinische Versorgung in Spanien kostenlos und Medikamente werden zum Teil zurückerstattet; Rentner erhielten auch Medikamente kostenfrei. Diese sollen demnächst 10% ihrer Medikamente bezahlen, bei einer maximalen Beteiligung von 8 bis 18 Euro pro Monat in Abhängigkeit der Einkommenshöhe. Dadurch sollen 7 Milliarden Euro eingespart werden. Bisher beliefen sich die nationalen Ausgaben für Medikamente für Rentner auf 11 Milliarden Euro, d.h. 1,1% des spanischen BIP. Auch die Beteiligung der erwerbsfähigen Bevölkerung an den Arzneikosten steigt von 40 auf maximal 60%... [Fortsetzung](#)

## Frankreich :

### Paris und Berlin fordern Aussetzung des Schengen-Abkommens



In einem gemeinsamen Brief an die dänische Ratspräsidentschaft vom 18. April fordern der deutsche Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) und sein französischer Amtskollege Claude Guéant (UMP) die Möglichkeit innereuropäische Grenzkontrollen wieder einführen zu dürfen, falls ein Land gegen das Schengen-Abkommen verstößt. Anschließend könnte die europäische Kommission eine Empfehlung aussprechen, woraufhin der Rat die Kontrollen fortsetzt oder beendet. Die finale Entscheidung sowie die Koordinierung der Maßnahmen oblag dem Rat. Die beiden Innenminister wollen ihre Pläne am 27. April in Luxemburg beim Ratstreffen ihrer Amtskollegen vorstellen... [Fortsetzung](#)

## Ungarn :

### Nominierung von Janos Adler als ungarischer Präsident



Am 16. April hat der ungarische Premierminister Viktor Orbán Janos Adler als neuen Präsidenten vorgeschlagen. Adler ist Mitbegründer der Partei Viktor Orbáns (Fidesz) und zurzeit Abgeordneter im europäischen Parlament. Diese Nominierung muss am 2. Mai vom ungarischen Parlament mit einer Zweidrittelmehrheit bestätigt werden. Fidesz verfügt über 263 der 386 Sitze. Der letzte ungarische Präsident Pal Schmitt (ebenfalls Fidesz) war am 2. April infolge eines Plagiatsskandalls zurückgetreten... [Fortsetzung](#)

### Ungarn ändert kontroverses Gesetz über Zentralbank



Die ungarische Regierung hat dem Parlament einige Änderungsanträge bezüglich des Gesetzes über die ungarische Zentralbank (Magyar Nemzeti Bank) unterbreitet. Dadurch soll die ungarische Gesetzgebung wieder in Einklang mit den europaweit geltenden Regeln gebracht werden. Das Wirtschaftsministerium hat erläutert, dass keine Regierungsvertreter mehr an den Sitzungen des Währungsrates der Zentralbank teilnehmen werden und dass das Gremium nicht mehr verpflichtet sei, seine Tagesordnung der Regierung mitzuteilen. Diese Änderungen sind die Grundlage für eine Wiederaufnahme von Verhandlungen zwischen Ungarn und der EU über finanzielle Hilfen. Die Vorschläge wurden an die ungarische und europäische Zentralbank und an die europäische Kommission weitergeleitet... [Fortsetzung](#)

## Irland :

## Informationspolitik der irischen Regierung über den Fiskalpakt



In Vorbereitung des Referendums über den Vertrag über Stabilität, Koordination und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (VSKS) am 31. Mai hat die irische Regierung eine Informationskampagne gestartet. So ging am 19. April eine Internetseite online, auf der Informationen über den Inhalt und die Ziele des VSKS bereitgestellt werden. Der genaue Vertragstext wird außerdem auf Englisch und auf Gälisch an alle irischen Haushalte versandt. Kurz vor der Abstimmung erhalten die Bürger zudem eine zusammenfassende Broschüre. Einer Umfrage von "the Irish Times Ipsos MRBI", veröffentlicht am 19. April, zufolge sind noch 39% der Befragten unentschieden. 30% wollen dafür stimmen, 23% dagegen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

## Italien :

### Aufnahme der Schuldenbremse in die Verfassung



Der italienische Senat hat am 17. April in letzter Lesung einen Gesetzesentwurf angenommen, mit dem die Schuldenbremse in die italienische Verfassung aufgenommen wird. 235 Senatoren stimmten dafür, 11 enthielten sich und 24 sprachen sich dagegen aus. Somit soll garantiert werden, dass Italien zukünftig eine nachhaltige Haushaltspolitik führt, mit einem ausgeglichenen Haushalt ab 2013. Hierzu dient auch das Sparpaket der Regierung von Mario Monti. Ziel ist es, dass italienische Haushaltsdefizite nicht mehr mittels neuer Schulden zu kompensieren. Dies ist gerade in Anbetracht des italienischen Gesamtschuldenstandes von ca. 120% seines BIP notwendig... [Fortsetzung](#)

## Niederlande :

### Niederländische Regierung zum Rücktritt gezwungen



Der niederländische Premierminister Mark Rutte hat am 21. April Neuwahlen angekündigt, nachdem Verhandlungen zwischen der Minderheitsregierung und der rechtsextremen Partei von Geert Wilders, gescheitert waren. Am 23. April reichte Rutte sein Rücktrittsgesuch formell ein. Die Verhandlungen über Einsparungen in Höhe von 16 Milliarden Euro hatten am 5. März begonnen und sollten ursprünglich 3 Wochen dauern. Ziel war es das niederländische Haushaltsdefizit zu verringern, dass sich 2011 auf 28 Milliarden Euro belief. Diese Summe entsprach 4,7% des BIP im Vergleich zu 5,1% 2010 und ist damit höher als der im Maastrichtvertrag festgesetzte Neuverschuldungshöchstwert von 3% des BIP... [Fortsetzung](#)

## Polen :

### Reform der Altersvorsorge in Polen



Die polnische Regierung hat am 20. April beschlossen, das Renteneinstiegsalter auf 67 Jahre anzuheben. Der polnische Premierminister Donald Tusk erklärte, dass es sich um schwierige Entscheidungen handele und die Regierung sich bewusst sei, wie viele Menschen in Polen eine große Unsicherheit wegen dieser Veränderung empfinden. Aktuell beträgt das Renteneinstiegsalter in Polen für Frauen 60 und für Männer 65 Jahre. Die Pläne der Regierung sehen eine schrittweise Anhebung ab 2013 vor, sodass Männer ab 2020 und Frauen ab 2040 ihre Erwerbstätigkeit im Alter von 67 Jahren beenden... [Fortsetzung](#)

## Slowenien :

### Slowenien und Kroatien in Den Haag um Grenzstreitigkeiten zu regeln



Der slowenische Außenminister Karl Erjavec hat am 18. April angekündigt, dass Ljubljana und Zagreb ihre Grenzstreitigkeiten, die seit 1991 andauern, einem Schiedsgericht in Den Haag im Februar 2013 vorlegen werden. Das ständige Schiedsgericht hat in einer Presseerklärung vom 13. April die weitere Terminplanung präzisiert: Am 11. Februar 2013 präsentieren beide Parteien ihre Anträge, im November 2013 werden die Gegenanträge präsentiert. Eine erste Anhörung der Vertreter beider Parteien findet in der ersten Hälfte 2014 statt... [Fortsetzung](#)

## Schweden :

### Eine Frau als Verteidigungsministerin



Der schwedische Premierminister Frederik Reinfeldt hat am 18. April die Nominierung Karin Enströms als Verteidigungsministerin bekannt gegeben. Die langjährige Soldatin folgt auf Sten Tolgfors, der auf Druck der Öffentlichkeit wegen eines geheimen Abkommens mit Saudi-Arabien zurücktreten musste. Entsprechend einer Pressemitteilung des schwedischen Verteidigungsministeriums war die ehemalige Offizierin Enström zuletzt Hauptmann in einem Panzerbataillon... [Fortsetzung](#)

## Schweiz :

### Schweiz führt Kontingente für Immigration aus 8 europäische Staaten ein



Die schweizer Regierung hat am 18. April beschlossen, nur noch eine bestimmte Anzahl an Arbeitserlaubnissen an Bürger aus 8 verschiedenen Staaten Mittel- und Osteuropas auszugeben (Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien und Tschechien). "Die Kontingentierung auf rund 2'000 B-Bewilligungen wird [...] per 1. Mai 2012 in Kraft gesetzt und soll für ein Jahr gelten," heißt es in der Erklärung der Schweizer Entscheidungsträger. Die schweizer Regierung wird sich vor dem 1. Mai 2013 erneut mit der Problematik befassen und gegebenenfalls über eine Verlängerung bis zum 31. Mai 2014 entscheiden... [Fortsetzung](#)

## Europarat :

### Europarat beschließt Maßnahmen zur Verbesserung der Wirkkraft des EGMR



Am 20. April hat der Europarat Maßnahmen zur Verbesserung der Funktionsweise des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) beschlossen. Anlass war eine Konferenz in Brighton im Rahmen der britischen Präsidentschaft über die Zukunft des EGMR. Geändert werden zum Beispiel die Bedingungen, unter denen eine Klage zugelassen wird. Von nun an können Klagen abgewiesen werden, wenn nicht eindeutig nachgewiesen wird, dass eine signifikante Ungleichbehandlung vorliegt. Die Verfahrensdauer soll von 6 auf 4 Monate verringert werden. Die Reformen sollen bis 2013 abgeschlossen sein... [Fortsetzung](#)

### Europarat beurteilt Haftbedingungen in Frankreich als problematisch



Am 19. April hat das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe, kurz CPT, einen Bericht über Frankreich sowie die Reaktion der französischen Regierung veröffentlicht. Dieser Bericht konstatiert positive Entwicklungen, vor allem im juristischen Bereich im Bezug auf psychiatrische Pflege und Polizeigewahrsam. Negativ fallen die übermäßige Gewaltanwendung bei Festnahmen und die Haftbedingungen in Polizeistationen auf. Zumal diese bereits in vorherigen Berichten des CPT bemängelt wurden. In den Strafvollzugsanstalten und psychiatrischen Kliniken wurde kein Fall von Misshandlungen gemeldet. Kritisiert wurde außerdem die Überfüllung der Haftanstalten. Die französische Regierung habe aber bereits Maßnahmen ergriffen, um dieses Problem zu beheben... [Fortsetzung](#)

## UNO :

### Neue Zusammenarbeit von EU und UN Women



Die EU und UN Women haben am 16. April ein Partnerschaftsabkommen geschlossen. Mit dem Ziel die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Eigenständigkeit von Frauen weltweit zu stärken, strebt die Zusammenarbeit eine bessere Einbindung von Frauen in wirtschaftliche, politische und juristische Entscheidungen in der ganzen Welt an und möchte die beruflichen und sozialen Perspektiven von Frauen verbessern. Beide Organisationen wollen zudem den Schutz von Frauen, die Opfer von sexueller und sexistischer Gewalt wurden, verbessern... [Fortsetzung](#)

### 300 Militärbeobachter entsendet



Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat am 21. April einstimmig eine Resolution zu Syrien verabschiedet. Die Resolution sieht die Einsetzung einer Überwachungsmission (UNSMIS) für zunächst 30 Tage bestehend aus 300 unbewaffneten Militärbeobachtern und einer angemessenen Zahl ziviler Experten vor. Aufgabe der Mission ist es, die Einhaltung der Waffenruhe zu überwachen und die Durchsetzung des 6-Punkte-Plans von Kofi Annan, Sondergesandter der UN und der Arabischen Liga, zu beschleunigen... [Fortsetzung](#)

### OSZE :

#### Möglicherweise Abkommen über die Zukunft Moldawiens



Moldawien und die russischsprachige Separatistenrepublik Transnistrien haben sich über die Rahmenbedingungen für formelle Verhandlungen geeinigt. Ebenso haben sie die Tagesordnung festgelegt, wie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) in Europa am 18. April bekannt gab. Die Vereinbarung wurde im Rahmen der "5+2" Unterredungen zwischen Moldawien, Transnistrien, Russland, der Ukraine, den Schirmherren der OSZE sowie der EU und den USA getroffen. Erwan Fouéré, der die Gespräche für die OSZE leitete, ermutigt die Beteiligten auf die erzielten Resultate aufzubauen und so zu einem kompletten politischen Abkommen zu gelangen... [Fortsetzung](#)

### NATO :

#### Sitzung über die zukünftigen Streitkräfte der NATO



Am 18. und 19. April haben sich die Verteidigungsmitglieder der 28 NATO-Mitgliedsstaaten getroffen, um über die Zukunft der Streitkräfte zu beraten und den Chicago-Gipfel vom 20. und 21. Mai vorzubereiten. Es müsse garantiert werden, dass die NATO auch in Zukunft über die geeignete Ausrüstung verfüge. Parallel haben sich am 19. April die NATO-Außenminister zu einem Gipfel mit Russland getroffen. Sie blickten auf 15 Jahre erfolgreiche Zusammenarbeit zurück. Trotz des kontinuierlichen Dialogs, bestünden noch immer einige Divergenzen, über die man weiterhin verhandeln werde. Zentrales Thema war darüber hinaus die Situation in Afghanistan... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

### Eurostat :

#### Inflationsrate im Euroraum und in der Europäischen Union unverändert



Einer Veröffentlichung vom 17. April von Eurostat zufolge blieb die Inflationsrate im März im Vergleich zu Februar 2012 stabil bei 2,7%. Im Vergleich zum Vorjahr war die Inflationsrate in Schweden und Irland geringer als 1,5%. In Estland und Rumänien betrug sie mehr als 4,5%... [Fortsetzung](#)

#### Sprunghafte Zunahme des Handels im letzten Quartal 2011



Entsprechend den neuesten Schätzungen von Eurostat, veröffentlicht am 18. April, konnte die Europäische Union einen Leistungsbilanzüberschuss von 13,1 Milliarden Euro im 4. Quartal 2011 verbuchen. Im Dienstleistungssektor beträgt der Überschuss 32,3 Milliarden Euro. Wichtigste Handelspartner sind China (- 29,2 Mrd. euro), die USA (+ 22,4 Mrd. euro), die Schweiz (+17,2 Mrd. euro) und Russland (- 13,2 Mrd. euro). Deutschland und die Niederlande weisen die größten Überschüsse auf. Frankreich und Großbritannien verbuchten die höchsten Defizite... [Fortsetzung](#)

### Berichte/Studien :

#### Bericht gibt strategischen Überblick

Die Planungsabteilung des französischen Verteidigungsministeriums hat einen neuen Bericht zur geopolitischen und geostrategischen Lage des Landes vorgestellt. Das Dokument befasst sich mit dem internationalen



Umfeld und den geopolitischen Gleichgewichten in den kommenden drei Jahrzehnten. Die Autoren des Berichts versuchen, so gut es geht, zukünftige Krisen vorwegzunehmen und so Frankreich schon heute auf die Zukunft vorzubereiten und mit den geeigneten militärischen Mitteln im Rahmen seiner Rolle in der Weltpolitik auszustatten... [Fortsetzung](#)

#### Militärausgaben 2011 gleichbleibend



Den am 17. April vom Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) veröffentlichten Zahlen zufolge beliefen sich die weltweiten Militärausgaben 2011 auf 1,74 Milliarden Dollar. Das entspricht einer Steigerung von 0,3% im Vergleich zu 2010. Damit sind die Militärausgaben erstmals seit 1998 quasi stabil geblieben. Innerhalb der Europäischen Union und in den USA konnte wegen der Schuldensenkungspolitik ein Rückgang verbucht werden. Gleiches gilt für Brasilien und Indien, während China und Russland ihre Ausgaben gesteigert haben. Insgesamt weist der Mittlere Osten als einzige Region eine klare Erhöhung des Militärbudgets auf... [Fortsetzung](#)

#### Bertelsmann Stiftung veröffentlicht Ideen zu Reform von Ratingagenturen



Die Bertelsmann Stiftung hat am 17. April vorgeschlagen, neuartige Ratingagenturen einzuführen. Diese sollten gemeinnützig arbeiten und über staatlich-finanzierte Fonds subventioniert werden. Die Stiftung hat ihre Vorstellung einer solchen Ratingagentur, genannt INCRA (International Non-Profit Credit Rating Agency), diese Woche vorgestellt und plant ihren Entwurf, auch den G20-Staaten vorzulegen... [Fortsetzung](#)

#### Veröffentlichungen :

##### Das Europa danach. Ein Ende dem Pessimismus



Der Verlag Lignes de Repères veröffentlicht das Buch "Das Europa danach. Ein Ende dem Pessimismus" von Thierry Chopin (wissenschaftlicher Leiter der Robert Schuman Stiftung), Jean-François Jamet (Ingenieur und Dozent bei SciencesPo) und Christian Lequesne (Leiter des CER). Im Laufe der Krise stellten die Europäer immer mehr die europäische Zukunft infrage. Die Autoren nehmen Abstand von diesem Pessimismus und bekräftigen, dass Europa sich selbst eine gemeinsame Geschichte über Werte wie Freiheit und Fortschritt geben muss. Sie untersuchen die wirtschaftlichen und politischen Trümpfe Europas. Indem Europa seine liberalen Werte unter Beweis stellt und indem es seine Sicht der Globalisierung verteidigt, gibt es sich eine eigene strategische Zukunft... [Fortsetzung](#)

##### Für eine europäische Föderation der Nationalstaaten



Im Larcier-Verlag erschien diese Woche ein Buch von Gaëtane Ricard-Nihoul mit dem Titel "Für eine europäische Föderation der Nationalstaaten" ("Pour une fédération européenne d'Etats-nations"). Dieses Konzept wurde Mitte der 90er Jahre von Jacques Delors geprägt. Der Autorin zufolge eigne es sich auch heute noch, um über eine europäische Einheit, die Vielfalt und Einheitlichkeit im Rahmen der Union verbindet, nachzudenken. Ebenso könne es genutzt werden, um eine tatsächliche Demokratisierung der Europäischen Union herbeizuführen... [Fortsetzung](#)

#### Kultur :

##### Triennale im Palais de Tokyo



Die dritte Ausgabe der Triennale der zeitgenössischen Kunst findet noch bis zum 26. August im Palais de Tokyo sowie 7 anderen Museen in und um Paris statt. Die Veranstaltung steht dieses Jahr unter dem Motto "intensive Nähe" und ergründet die Bedeutung der Schöpfung in der Gegenwart... [Fortsetzung](#)

### Luca Signorelli in Perugia, Orvieto und Città di Castello



Der künstlerische Werdegang von Luca Signorelli (1450-1523) steht bis zum 26. August im Zentrum dieser Ausstellung. Signorelli wurde einst vom Vater des Malers Raffael als Künstler mit Talent und dem Geist eines Pilgeres bezeichnet und ist einer der größten Renaissancemeister. Mehr als 100 Werke, darunter 66 von Signorelli, werden bei dieser Gelegenheit an drei verschiedenen Orten in Italien (Perugia, Orvieto und Città di Castello) gezeigt... [Fortsetzung](#)

### Festival du film francophone



Le Festival du film francophone 2012 (FFF12) findet bis zum 26. April in Wien statt. Aus Anlass des Festivals werden dem Publikum Filme aus Algerien, Belgien, der Elfenbeinküste, Frankreich, der Schweiz und Tunesien sowie kanadische, burkinische, deutsche und bulgarische Koproduktionen gezeigt. Im Fokus des Festivals stehen unter anderem die Themen Liebe, Familie und Freundschaft... [Fortsetzung](#)

### Die Kunst des Übertreibens: Schwedische Karrikaturen



Das Nationalmuseum Stockholm präsentiert bis zum 12. August eine Ausstellung über Karrikaturen in Schweden. Die Werke, die vom 16. Jahrhundert bis in die Gegenwart reichen, illustrieren die Entwicklung dieser Gattung. Während Karrikaturen zunächst allein im Privaten verwendet wurden, änderte sich ihr Status im 19. Jahrhundert parallel zur Verbreitung von Zeitungen und Zeitschriften. So wurden sie eine "Kraft mit der man rechnen muss"... [Fortsetzung](#)

### Agenda :



23. April  
Brüssel  
Ratstreffen "Auswärtige Angelegenheiten"



23. April  
Kopenhagen  
Informelles Ratstreffen "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Konsumenten"



24. April  
Luxemburg  
Ratstreffen "Allgemeine Angelegenheiten"



26.-27. April  
Luxemburg  
Ratstreffen "Justiz und Inneres"

Luxemburg  
Ratstreffen "Landwirtschaft und Fischerei"



29. April  
Frankfurt am Main  
Tag der offenen Tür - EZB

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



**Die Redaktion des Newsletters :**

Magali Balent, Pauline Massis Desmarest, Inga Groth, Charles de Marcilly, Pierre Thibaudat ;  
Perle Baillard, Mélanie Laplace, Camille Stephan, Marion Zosi.

**Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest**  
**Publikationschef : Pascale Joannin**

Kontakt / Anmerkungen  
[info@robert-schuman.eu](mailto:info@robert-schuman.eu)

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge.  
Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}